

Ergebnisprotokoll

Thema:	Sitzung der Unterarbeitsgruppe Erstes Treffen der AG „Zukünftige Förderung von Jugendwerkstätten“		
Datum: 21.11.2011		Ort: MS Niedersachsen, Hannover	Uhrzeit (von – bis): 10.00 - 14.00 Uhr
Besprechungsleitung: Herr Josuttis, Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration		Teilnehmer/innen: siehe Teilnehmerliste	Verfasser: Weger
Protokoll erstellt am: 8. Dezember 2011		Verteiler: siehe Teilnehmerliste	
Anlagen:	Teilnehmerliste		

Besprechungsergebnisse:

TOP Nr.:	Aufgabe / Ergebnisse
1.	<p><u>Begrüßung</u></p> <p>Herr Josuttis begrüßt die Teilnehmer und erläutert die Zielsetzung der Arbeitsgruppe:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Beschreibung der Zielgruppe von Jugendwerkstätten • Sammlung der wesentlichen Aufgaben und Leistungen der Jugendwerkstätten • Einordnung der in Frage kommenden Rechtsgrundlagen (Fördermöglichkeiten) für die Aufgaben und Leistungen der Jugendwerkstätten <p>Auf Nachfrage zur Abstimmung von Protokollen vertreten Land, RD und BMAS die Auffassung, dass die Formulierung - wie bisher - zwischen den aufsichtführenden Stellen Land und BMAS sowie der RD Niedersachsen/Bremen erfolgt. Die Mitglieder der AG haben in den AG-Sitzungen Gelegenheit, Anmerkungen zum Protokoll zu machen.</p>
2.	<p><u>Vorbemerkung zum Vorgehen im Rahmen der Bearbeitung des Auftrags der UAG bzw. zur Gestaltung des Protokolls:</u></p> <p><u>Anhand einer von Trägervetretern der Jugendwerkstätten vorbereiteten Aufstellung zu den Rahmenbedingungen der Maßnahmen „Jugendwerkstatt“ (siehe Anlage) wurden die Beschreibung der Zielgruppe als auch die wesentlichen Aufgaben und</u></p>

Leistungen des Konzepts „Jugendwerkstatt“ gemeinsam erarbeitet. Anschließend wurde eine erste Bewertung der Förderfähigkeit, insbesondere über das SGB II, vorgenommen.

Im Nachgang zur UAG-Sitzung hat das BMAS die einzelnen Aufgaben auf Basis der aktuell gültigen Gemeinsamen Erklärung von Bund und Ländern zu den Leistungen zur Eingliederung in Arbeit nach § 16 SGB II i. V. m. §§ 45, 46 SGB III und nach § 16f SGB II (kurz: Gemeinsame Erklärung, siehe Anlage) weitergehend geprüft.

Die Ergebnisse dieser Prüfung fließen in die in diesem Protokoll festgehaltenen Aussagen zur Förderfähigkeit ein.

Hinweis: Wird bei Zitaten aus der Gemeinsamen Erklärung auf § 46 SGB III verwiesen, wurde die Anwendung analog auf § 45 SGB III-neu übertragen. Die Überarbeitung der Gemeinsamen Erklärung in Folge der aktuellen gesetzlichen Änderungen ist Bestandteil der Bund-Länder-Arbeitsgruppe Eingliederung SGB II. Die Ergebnisse werden - wie bisher - in geeigneter Form veröffentlicht. In diese Bund-Länder-AG werden auch die aufgetretenen offenen Fragen aus AG und UAG zur weiteren Förderung von Jugendwerkstätten eingebracht und dort geklärt, da es sich in der Regel um grundsätzliche Fragen zur Förderfähigkeit nach dem SGB II handelt.

Die Erkenntnisse und Ergebnisse des moderierten Prozesses in Niedersachsen fließen insoweit in die bundesweite Umsetzung des SGB II ein.

2.1 Zielgruppenbeschreibung

Die von den Trägervertretern der niedersächsischen Jugendwerkstätten vorgenommene Beschreibung der Zielgruppe wird von den Mitgliedern der UAG grundsätzlich mitgetragen.

Das BMAS weist darauf hin, dass junge Menschen vor Vollendung des 15. Lebensjahres zum Personenkreis der nichterwerbsfähigen SGB II - Leistungsberechtigten gehören. Eine Eingliederung in Arbeit oder Ausbildung kommt für diesen Personenkreis nicht in Betracht; eine Förderung aus Mitteln des SGB II ist ausgeschlossen.

BMAS und RD weisen ferner darauf hin, dass im Rahmen der üblichen Maßnahmegestaltung „Jugendwerkstatt“ mit in der Regel mindestens 15-stündiger wöchentlicher Teilnahmezeit eine Förderung im Rahmen des SGB II für junge Menschen nach Vollendung des 15. Lebensjahres grundsätzlich erst nach dem Ende der Vollzeitschulpflicht in Betracht kommt.

. Soll die Teilnahme in der Jugendwerkstatt der Erfüllung der Vollzeitschulpflicht dienen, kommt eine Förderung aus dem SGB II ebenfalls nicht in Betracht.

	<p>Eine weitere Zielgruppe sind Jugendliche aus Familien, die nicht hilfebedürftig sind und daher keinen eigenen Anspruch auf Unterstützung aus dem SGB II haben (z. B. BvB-Abbrecher aus nicht hilfebedürftigen Familien). Auch für diesen Personenkreis sollte eine Unterstützung im Rahmen der JWS außerhalb des SGB II möglich sein.</p> <p><u>Merkposten:</u></p> <p>Wie eine verstärkte Einbeziehung des SGB III in die Förderung von Jugendwerkstätten erfolgen kann, sollte ebenfalls im Weiteren geklärt werden. Hierbei ist auch das Ergebnis des Vermittlungsverfahrens zur Instrumentenreform zu beachten (Antrag der Länder zur Erweiterung des BvB-Fachkonzeptes der Bundesagentur für Arbeit).</p>
	<p><u>2.2 Aufgaben und Leistungen der Jugendwerkstätten und deren grundsätzliche Förderfähigkeit im Rahmen des SGB II</u></p> <p>a) Beschäftigung</p> <p>Ein zentrales Element der Jugendwerkstätten ist die sinnstiftende Beschäftigung der jungen Menschen. Dies wird u.a. durch eine arbeitsmarktnahe Gestaltung der aktivierenden und qualifizierenden Beschäftigung mit einem möglichst erlebbaren Arbeitsergebnis im Rahmen von Übungswerkstätten als auch Praktika erreicht.</p> <p>Für die weitere Förderung solcher Arbeiten stellen sich folgende Fragen bzw. lassen sich folgende Hinweise formulieren:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Soweit bisher sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen über Arbeitsgelegenheiten in der Entgeltvariante gefördert wurden, entfällt diese Möglichkeit ab dem 01. April 2012, da dieses Instrument mit den Leistungen zur Beschäftigungsförderung (JobPerspektive) zu einem neuen Instrument (Förderung von Arbeitsverhältnissen - § 16e SGB II-neu) zusammengefasst wird. • Eine weitere Förderung über Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung setzt voraus, dass die verrichteten Arbeiten zusätzlich sind und im öffentlichen Interesse liegen. Dies gilt sowohl für die Entscheidung über eine Verlängerung nach altem Recht also auch bei Bewilligungen nach neuem Recht. • Grundsätzlich können Maßnahmen oder Maßnahmeteile nach § 45 SGB III-neu auch bei Arbeitgebern durchgeführt werden. Hierfür sieht das Gesetz eine Begrenzung von regulär sechs, bei Jugendlichen mit besonderen Vermittlungshemmnissen von maximal zwölf Wochen je Arbeitgeber vor. Ob und in welchem Umfang in einer Maßnahme nach § 45 SGB III-neu markt- und betriebsnahe Arbeiten beim Träger der Maßnahme selbst möglich sind, wird in der

Bund-Länder-AG Eingliederung SGB II geklärt. Dabei werden auch Abgrenzungsfragen zu Tätigkeiten in Übungswerkstätten zu erörtern sein. Das BMAS weist darauf hin, dass es - insbesondere in der Selbstwahrnehmung der Betroffenen und in der öffentlichen Diskussion - problematisch sein kann, wenn junge Menschen über einen längeren Zeitraum unter markt- bzw. betriebsnahen Bedingungen als Maßnahmeteilnehmer arbeiten, ohne dass hierfür rechtliche Regulierungen zu vergleichbaren bekannten Fördermöglichkeiten eingezogen sind.

- Die Zahlung von „Motivationsprämien“ (aktuell wird AGH in der Entgeltvariante als auch AGH mit Mehraufwandsentschädigung so betrachtet) aus Mitteln des SGB II und ESF ist gegenwärtig ausgeschlossen. In der Bund-Länder-Arbeitsgruppe Eingliederung SGB II wird dieser Aspekt ggf. nochmals geklärt. Dabei ist auch die teilweise motivationshemmende Wirkung von Anreizleistungen im Hinblick auf weiterführende Maßnahmen (ohne „Motivationsprämien“) zu beachten.

b) Qualifizierung

Die Qualifizierung im Rahmen der Jugendwerkstätten könnte in folgenden Bereichen stattfinden:

Vermittlung von Fachkenntnissen und beruflichen Inhalten

§ 45 SGB III-neu bietet - wie auch § 46 SGB III bisher - die Möglichkeit einer beruflichen Kenntnisvermittlung bis zu einer Dauer von acht Wochen (§ 45 Absatz 2 Satz 3 SGB III-neu). Für die Abgrenzung der beruflichen Kenntnisvermittlung von sogenannten niederschweligen Qualifizierungsangeboten gilt folgende Festlegung in der Gemeinsamen Erklärung:

„Die Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung sind grundsätzlich nicht zeitlich begrenzt, die Dauer muss lediglich dem Zweck und Inhalt der Maßnahme entsprechen. Ausnahmen von diesem Grundsatz bestehen bei Maßnahmen oder Maßnahmeteilen...bei der Vermittlung von beruflichen Kenntnissen (max. acht Wochen). Daher ist eine Abgrenzung der Maßnahmeeinhalte wie folgt zu ziehen:

Die zeitliche Begrenzung für Maßnahmen oder Maßnahmeteile zur beruflichen Kenntnisvermittlung dient der sachgerechten Abgrenzung zur Förderung der beruflichen Weiterbildung.

Zur beruflichen Kenntnisvermittlung zählen sowohl die Vermittlung fachtheoretischer als auch fachpraktischer Inhalte, die auf die Ausübung eines

Berufes oder einer beruflichen Tätigkeit vorbereiten.

Im Unterschied dazu werden Maßnahmen oder Maßnahmeteile zur Feststellung, Aktivierung oder Entwicklung von personenbezogenen Fertigkeiten und Fähigkeiten oder zur Feststellung von beruflichen Kenntnissen sowie die praktische Erprobung (Erg. d. Red.: z. B. Übungswerkstatt) der vermittelten beruflichen Kenntnisse von der auf acht Wochen begrenzten Kenntnisvermittlung nicht erfasst.“ (Seite 14 Buchstabe e Gemeinsame Erklärung).

Zur Frage der Modularisierung von fachtheoretischer und fachpraktischer Kenntnisvermittlung wird ergänzend auf die Ausführungen unter Buchstabe f auf Seite 14 der Gemeinsamen Erklärung verwiesen.

Allgemeinbildende Inhalte / Nachholen des Hauptschulabschlusses

Für die Förderung allgemeinbildender Inhalte im Rahmen von § 45 SGB III-neu gilt nach gemeinsamer Rechtsauffassung von Bund und Ländern Folgendes:

„Die Grundsicherungsstellen (Anm. d. Red.: Jobcenter) können nach § 16 SGB II i. V. m. § 46 SGB III Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung auch mit allgemeinbildenden Inhalten bzw. Inhalten einrichten/beauftragen, für die andere Leistungsträger zuständig sind, solange diese Inhalte nicht alleiniger Bestandteil der Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung sind. Allerdings sind die klaren gesetzlichen Regelungen zum Rechtsanspruch auf Vorbereitung auf den nachträglichen Erwerb eines Hauptschulabschlusses im Rahmen einer berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahme oder der Förderung der beruflichen Weiterbildung zu beachten.“ (Seite 13 Buchstabe c Gemeinsame Erklärung).

Sprachförderung

Bei der Sprachförderung ist wie folgt zu unterscheiden:

- a) Ausländer und Deutsche mit Migrationshintergrund zur Erlangung allgemeinsprachlicher Deutschkenntnisse. Hierzu heißt es in der Gemeinsamen Erklärung:

„Eine Förderung nach § 16 SGB II i. V. m. § 46 SGB III ist nicht möglich. Für die Durchführung von allgemeinsprachlichen Deutschkursen besteht eine klare gesetzliche Zuständigkeitsregelung: Die Vermittlung allgemeinsprachlicher Deutschkenntnisse erfolgt im Rahmen von Integrationskursen nach § 43 Aufenthaltsgesetz (AufenthG) und der nach § 43 Abs. 4 AufenthG erlassenen Integrationskursverordnung. Zuständig für die Durchführung ist das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (§ 43 Abs. 3 Satz 2 AufenthG). Mit dem Gesetz zur

Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente hat der Gesetzgeber die Bedeutung der Integrationskurse des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) insbesondere für erwerbsfähige Hilfebedürftige unterstrichen: Soweit erwerbsfähige Hilfebedürftige noch nicht über allgemeine Grundkenntnisse der deutschen Sprache verfügen (entsprechend Niveau B1), haben die Grundsicherungsstellen bei den in § 3 Abs. 2b SGB II genannten Personen darauf hinzuwirken, dass sie an einem Integrationskurs teilnehmen (vgl. § 3 Abs. 2b SGB II).

Die Teilnahme an einem Integrationskurs - und damit die Möglichkeit des Erwerbs allgemeinsprachlicher Deutschkenntnisse - steht einem weit gefassten Personenkreis offen. Die Grundsicherungsstellen selbst können Ausländer nach § 44a Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 AufenthG zur Teilnahme verpflichten. Darüber hinaus können auch deutsche Staatsangehörige zur Teilnahme an einem Integrationskurs zugelassen werden.“

Abgesehen von dieser spezifischen und vorrangigen Förderung des BAMF gilt unbenommen, dass auf Grundlage der vorhandenen arbeitsmarktpolitischen Instrumente die Träger der Grundsicherung im Rahmen ihrer Möglichkeiten betroffene Kundinnen und Kunden individuell unterstützen können, so können im Einzelfall Alphabetisierungsangebote Bestandteil von Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung sein.

b) Vermittlung berufsbezogener Sprachkenntnisse (Deutsch oder Fremdsprache)

Die Vermittlung von berufsbezogenen Sprachkenntnissen (Deutsch oder Fremdsprache) kann Bestandteil von Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung nach § 46 SGB III sein. Als Kenntnisvermittlung ist die Vermittlung von berufsbezogenen Sprachkenntnissen auf die Dauer von acht Wochen begrenzt. Eine darüber hinausgehende Vermittlung berufsbezogener Sprachkenntnisse kann im Rahmen der Förderung der beruflichen Weiterbildung unter den Voraussetzungen von § 16 SGB II i. V. m. §§ 77 ff SGB III erfolgen.

Zu weitergehenden Möglichkeiten der Vermittlung berufsbezogener Sprachkenntnisse ist auf die spezifischen Sprachkurse des ESF-geförderten Programms zur berufsbezogenen Sprachförderung für Personen mit Migrationshintergrund (ESF-BAMF-Programm) zu verweisen.

Vorbereitung auf externe oder interne Prüfungen (z. B. Gabelstaplerschein u. ä.) /
Vorbereitung auf externe Abschlussprüfungen (z. B. Externenprüfung mittlere Reife)

- Siehe Ausführungen zu beruflicher Kenntnisvermittlung und Allgemeinbildung.

Soziale Qualifizierung (soft skills)

- Der Erwerb bzw. die Verbesserung von Schlüsselqualifikationen ist im Wesentlichen Bestandteil aller Qualifizierungsinhalte der Jugendwerkstätten bzw. kann im Rahmen sozialpädagogischer Begleitung unterstützt werden.

Qualifizierungen mit transnationalem Bezug

- Sofern Qualifizierung oder Maßnahmeteile im Ausland absolviert werden sollen ist zu beachten, dass für die Förderung im Rahmen der arbeitsmarktpolitischen Instrumente grundsätzlich das Territorialitätsprinzip gilt (vgl. § 3 SGB IV). Demzufolge können Maßnahmen u. a. auf der Grundlage von § 45 SGB III-neu nur in Deutschland gefördert werden. Die Finanzierung entsprechender Inhalte kann u. U. über die gewährten ESF-Mittel erfolgen (Nr. 2.4 der Jugendwerkstatttrichtlinie).
- Bei Aufenthalt außerhalb des zeit- und ortsnahen Bereichs ist § 7 Abs. 4a SGB II zu beachten. Zur Vermeidung von Problemen beim Bezug von Arbeitslosengeld II ist vor einem auswärtigen Aufenthalt in jedem Fall die Zustimmung des zuständigen SGB II-Leistungsträgers einzuholen.

c) Berufliche Orientierung

Wesentliche Elemente im Rahmen einer Jugendwerkstatt:

- Kompetenzfeststellung
- Arbeitserprobung

Aus Sicht von RD und BMAS ist zunächst auf die gesetzlichen Regelungen zur klassischen Berufsorientierung gem. § 33 SGB III hinzuweisen. Danach gilt Folgendes:

Die Agentur für Arbeit hat nach § 33 SGB III zur Vorbereitung der jungen Menschen [und Erwachsenen] auf die Berufswahl sowie zur Unterrichtung der Ausbildungsuchenden, [...] Berufsorientierung zu betreiben. Die Jobcenter können Berufsorientierung als Dienstleistung anbieten. Maßnahmen der vertieften Berufsorientierung sind gesetzlich für Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen ab 1. April 2012 ausschließlich als Aufgabe im SGB III definiert (§ 48 SGB III-neu). Sofern in Maßnahmen die Möglichkeiten eingerichtet werden sollen, sich in Berufszweigen zu erproben, sich an Materialien und

Werkzeugen auszuprobieren (im Sinne einer allgemeinen beruflichen Orientierung), kann dies Bestandteil in Maßnahmen nach § 45 SGB III-neu sein. Dabei ist zu beachten, dass eine Förderung von vollzeitschulpflichtigen Jugendlichen über § 45 SGB III-neu grundsätzlich ausgeschlossen ist (siehe oben „Zielgruppenbeschreibung“).

Kompetenzfeststellung

Aus Sicht des BMAS können Kompetenzfeststellungen grundsätzlich zulässige Inhalte von Maßnahmen nach § 45 SGB III-neu sein. Es ist der Förderausschluss zu beachten, nachdem über § 45 SGB III-neu auch weiterhin keine Maßnahmen gefördert werden können, die der Berufsausbildung dienen.

d) Sozialpädagogische Begleitung

Wesentliche Aufgaben und Leistungen sind:

- individuelle Förderplanung
- Elternarbeit, Familienarbeit
- längerfristige Beziehungsarbeit
- Sozialpädagogische (Gruppen)Aktivitäten
- Erlebnis- und Freizeitangebote
- Berufs- und Lebensplanung
- aufsuchende Arbeit
- Coaching
- Casemanagement
- institutionelle und persönliche Netzwerkarbeit

Eine abschließende Zuordnung der gesetzlichen Fördermöglichkeiten nach dem SGB II, SGB VIII oder anderen Leistungsträgern ist in den meisten Aufgabenbereichen nicht möglich.

Die Förderfähigkeit und grundsätzliche Kostenträgerschaft ergibt sich grundsätzlich in Verbindung mit der inhaltlichen Ausrichtung und dem Ziel, welches mit dem Einsatz der sozialpädagogischen Leistung angestrebt wird.

So ist bspw. „Elternarbeit“ in Verbindung mit dem Ziel, die Eltern bei der beruflichen Förderung und Integration in Ausbildung einzubeziehen ein Ansatz im Rahmen des SGB II. Soweit die „Elternarbeit“ mit dem Ziel verfolgt wird, die Eltern bei der Wahrnehmung ihres Erziehungs- und Fürsorgeauftrags zu unterstützen und zu befähigen ist grds. das SGB VIII als vorrangiger Leistungsträger anzusehen.

Erlebnis- und Freizeitangebote können über das SGB II in der Regel nicht, über das SGB VIII nur begrenzt gefördert werden.

Eine Auslegung und Entscheidung ist im Rahmen der jeweiligen Verantwortung, die Mittel rechtmäßig und wirtschaftlich einzusetzen, unter Berücksichtigung der individuellen Gestaltung der lokalen Maßnahme „Jugendwerkstatt“ durch die verantwortlichen Kostenträger zu treffen.

Ergänzend zu den Erörterungen in der UAG ist aus Sicht des BMAS für die Unterscheidung von Leistungen nach dem SGB II und den Leistungen des SGB VIII auf Folgendes hinzuweisen:

- Sowohl die Eingliederungsleistungen des SGB II als auch die Angebote der Jugendhilfe, insbesondere der Jugendsozialarbeit nach § 13 SGB VIII haben einen eigenständigen Anwendungsbereich und können / müssen im Einzelfall auch parallel erbracht werden.
- SGB II und SGB VIII haben **unterschiedliche Zielrichtungen, Grundsätze und Leistungen**. Die Grundsicherung für Arbeitsuchende ist in ihrer Zielsetzung auf eine (Wieder-) Eingliederung in den Arbeits-/Ausbildungsmarkt und die damit verbundene Überwindung der Hilfebedürftigkeit geprägt. Die Jugendhilfe spricht demgegenüber von einem Recht auf Förderung der Entwicklung eines Jugendlichen und seiner Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit.
- Die in § 10 Abs. 3 SGB VIII normierte Vorrangigkeit spezifischer Eingliederungsleistungen des SGB II **bedeutet nicht**, dass für alle Empfänger von Arbeitslosengeld II sozialpädagogische Leistungen der **Jugendhilfe nachrangig oder obsolet** sind, oder zu Kann-Leistungen würden. Es handelt sich bei § 10 Abs. 3 SGB VIII vielmehr um eine Kollisionsnorm, die den Fall regelt, dass Leistungskonkurrenzen tatsächlich auftreten, d.h. identische Leistungen sowohl vom SGB II- als auch vom SGB VIII-Träger im Einzelfall beansprucht werden können. **Nur bei identischem Sinn und Zweck der konkurrierenden Leistungen** ist der **SGB II-Träger vorrangig** zuständig. In allen anderen Fällen bleibt der Träger der Jugendhilfe grundsätzlich zur Leistung verpflichtet (§ 10 Abs 3. Satz 1 SGB VIII).
- Soweit also im Rahmen der SGB II-Leistung auch sozialpädagogische Unterstützung zur Eingliederung in Arbeit gewährt wird und die Leistung tatsächlich den konkreten Bedarf des jungen Menschen zur Eingliederung in Arbeit deckt, besteht keine Notwendigkeit, daneben noch Jugendhilfeleistungen zu erbringen. Ist dies der Fall, so gilt gem. § 10 Abs. 3 S. 2 SGB VIII der Vorrang der SGB II-Leistungen. Es muss allerdings berücksichtigt werden, dass die Jugendberufshilfe nach § 13 SGB VIII an spezifische Voraussetzungen gebunden ist, die in der Regel im Verhältnis zum SGB II zu einem weitergehenden Leistungsangebot führen. Dieser weitergehende Leistungsumfang kann unter

	<p>Hinweis auf die Leistungen des SGB II auch nicht beendet oder reduziert werden, da das SGB II entsprechende Angebote gerade nicht vorhält und sich die Frage des Vorrangs in diesem Fall nicht stellt. Für sozialpädagogische ergänzende Leistungen sind die Träger der Jugendhilfe vielmehr neben dem SGB II-Träger zuständig.</p> <p>Merkposten:</p> <p>Ziele/ Erfolgsindikatoren der Maßnahme „Jugendwerkstatt“</p> <p>Soziale Stabilisierung und Integration/ Integration in Beschäftigung (Ausbildung/ Arbeit)</p> <p>Aus Sicht der Jobcenter ist die Integration in Arbeit oder Ausbildung das vorrangige Ziel der Förderung der Maßnahmeteilnahme „Jugendwerkstatt“. Dabei kann auch das Erreichen von Zwischenzielen (Integrationsfortschritten) durch Förderungen nach dem SGB II unterstützt werden. Ein anderes Ziel der Konzeption „Jugendwerkstatt“ ist die soziale Stabilisierung und Integration. In Jugendwerkstätten wird auch die soziale „Vermittlerrolle“ wahrgenommen. Es wird die Inanspruchnahme von sozialen Diensten oder die Integration in das Gemeinwesen insgesamt (z. B. Tätigkeit in örtlichen Vereinen) unterstützt. Derartige Vermittlungsaktivitäten sind nicht Gegenstand der Förderungen nach dem SGB II, sondern sind dem SGB VIII zuzuordnen.</p>
	<p>Fazit:</p> <p>Mit Ausnahme der noch in Klärung Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Eingliederung SGB II“ befindlichen Aspekte wäre grds. bezogen auf die Ansätze SGB II in einer Jugendwerkstatt eine Förderfähigkeit der bisherigen Inhalte über § 45 SGBIII-neu gegeben.</p>